

Volkswacht

für Schlesien

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2

Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141

Postfach-Konto: Postfach-Num. Breslau Nr. 5352.

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 8 mal und ist durch die Haupt-Expedition, Kurze Straße 46, durch die Buchhandlung der „Volkswacht“, Neue Bräunerstraße Nr. 5, durch die Zweigstellen, Altagersgasse 11, Marktstraße 140, sowie durch alle Anzeigenräger zu beziehen. Subskribentenpreis: 1,20 Goldmark. Durch die Expedition monatlich 0,16 Goldmark, monatlich 1,20 Goldmark. Durch die Post frei ins Haus 2,00 Goldmark.

Anzeigenpreis: 12 Zeilen für gewöhnliche Anzeigen aus Schlesien 20 Pf., auswärts 25 Pf., Stellenangebote 8 Pf., Familienanzeigen, Stellenangehänge, Verlobungs- und Wohnungsanzeigen 5 Pf., kleine Anzeigen zur Zeit 3 Pf., des teils 4 Pf., Anzeigen für die nächste Nummer müssen als vorläufig 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Kurze Straße 46 sowie in sämtlichen Zweigstellen abgegeben werden.

Bedenken der Banfiers.

Warnung an die deutschen Nationalisten.

Auf der Londoner Konferenz sind gewisse Schwierigkeiten dadurch entstanden, daß die führenden englischen und amerikanischen Bankiervertreter die Beschlüsse über zukünftige Sanktionen nicht gebilligt haben. Wenn praktisch dadurch auch die Wiederbelebung deutschen Landes als Strafmaßnahme fast ausgeschlossen wird, so bleibt doch formaljuristisch die Möglichkeit dazu offen. Die angelsächsischen Bankiers fürchten offenbar, daß dadurch das Ansehen der deutschen Wirtschaft in London und New York von der Anlage seiner Geldmittel in Reparationsanleihe, gedeckt durch deutsche Sachwerte, abgeschreckt werden könne. Die Stellungnahme der Bankiers zeigt bereits, wie gefährlich für Deutschland die Agitation der Presse unserer eigenen äußersten Rechten ist, die alle Beschlüsse der Londoner Konferenz zum Zweck nationalistischer Hehe für gefährlich erklärt. Dadurch müssen die Kreditgeber in ihren Besorgnissen nur unnötig bestärkt werden. So wird mit der Reparationsanleihe auch die einzige aussichtsreiche Hilfe gegen die schwere Kreditnot der deutschen Wirtschaft gefährdet. Wenigstens jetzt sollten die deutschen Nationalisten einmal für ein paar Wochen ihr großes Maul halten und ihre parteipolitischen Sekundärwünsche hinter das Interesse der deutschen Wirtschaft zurückstellen!

Die in London verammelten Staatsmänner sind offenbar geradezu freudig bereit, den Wünschen der Kreditgeber Rechnung zu tragen. Falls der heute gemachte neue Kompromissvorschlag des belgischen Ministerpräsidenten dazu nicht genügen sollte, werden sie sicherlich gern weitere Konzessionen machen. Dafür spricht vor allem die Haltung der Pariser Presse, soweit sie gute Beziehungen zur französischen Regierung hat. Alle Töne des Protestes gegen die Stellungnahme der Bankiers werden dort unterdrückt. Man hat den Eindruck, als ob Herriot den Erfolg seines juristischen Standpunktes nur erstrebt hat, um der Mehrheit des französischen Senats Rechnung zu tragen, die ja im Gegensatz zur Kammermehrheit noch der Rechten gehört. Um ihn innerpolitisch zu stützen, hat MacDonald in diesen sachlich nicht erheblichen, aber wegen ihrer früheren Bedeutung öffentlich noch sehr beachteten Fragen etwas nachgegeben. Beide, Herriot und MacDonald, sind aber anscheinend geradezu froh, wenn sie auch diese formalen Konzessionen an einen früher von ihnen bekämpften Rechtsstandpunkt wieder zurücknehmen können, weil die Vertreter des amerikanischen Finanzkapitals das verlangen. Denn nun kann Herriot in Paris nachweisen, daß er Verhandlungserfolge hatte, und daß er sich nur einer Autorität gebeugt hat, die gerade auch die französische Rechte demütig anerkennt: der Autorität des großen amerikanischen Geldjacks, den heute ganz Europa, besonders auch Frankreich, anpumpen muß. Deutschland ist in der angenehmen Lage, zur Zeit in Interessensolidarität mit diesem zukünftigen Gläubiger zu stehen: beide wünschen Sicherung der deutschen „Wänder“ gegen Beschlagnahme.

Zu Optimismus ist also sachlich kein Anlaß. Wer aber aus unsachlicher politischer Voreingenommenheit heraus sonst immer in Optimismus gegenüber den Beschlüssen westeuropäischer Staatsmänner predigt, der wird jetzt gerade zum Schädling an der deutschen Wirtschaft, indem er damit indirekt den Amerikanern den Rat gibt, ihr Geld lieber in China oder Kamtschatka als in Europa anzulegen.

brud gebracht. Bedenken der Geldgeber Rechnung zu tragen. Der belgische Ministerpräsident hat bereits eine Kompromißformel vorgeschlagen, die, wie es in einer offiziellen Mitteilung heißt, den § 7 des Anhangs II zu Teil 8 des Friedensvertrages zur Grundlage hat. Dieser Paragraph ermächtigt die Reparationskommission unter anderem, Sonderauskünfte zu bilden, deren Mitglieder nicht der Reparationskommission selbst anzugehören brauchen, und ihre Befugnisse und Vollmachten auf diese zu übertragen. Auf Grund dieses Paragraphen ist nicht nur die Einsetzung des ersten Bankierkomitees im Jahre 1922, sondern auch die des Komitees Dames erfolgt. Die vorgeschlagene Lösung läuft also zweifellos darauf hinaus, daß die Reparationskommission bei ihren Beschlüssen über die Festsetzung etwaiger deutscher Verzinsungen an das Gutachten einer von ihr selbst eingesetzten zweiten Instanz gebunden sein soll, die, wie man in Paris annimmt, entweder das Finanzkomitee des Völkerbundes oder eine aus den ehemaligen Mitgliedern des Komitees Dames zusammengesetzte besondere Kommission sein wird. Man glaubt, damit die Form gefunden zu haben, die sowohl die Autorität der Reparationskommission wahrt, wie die Ansprüche der internationalen Finanz befriedigt.

Volle Einigung über die Ruhr-Räumung.

London, 22. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der Unter-ausschuß, der den Auftrag hatte, einen Plan über die Räumung des Ruhrgebietes auszuarbeiten, hat seine Arbeit beendet. Der Bericht darüber wird am Mittwoch vormittag dem zweiten Ausschuß vorgelegt und dann der nachmittags stattfindenden Vollversammlung der Konferenz überreicht. Es herrscht allgemeine Befriedigung darüber, daß der Unter-ausschuß die sehr weit auseinandergehenden Gegenstände in dieser Angelegenheit hat überbrücken können. Der Unter-ausschuß hatte die Aufgabe, die Maßnahmen zur Durchführung des Sachverständigenratens festzulegen. Er beschloß, daß die deutsche Regierung aufgefordert werden soll, bis zum 14. August die zur Durchführung des Gutachtens nötigen Gesetze der Reparationskommission zu überreichen. Von diesem Termin an soll innerhalb nur weniger Wochen an der Ruhr die wirtschaftliche Oberhoheit Deutschlands wieder eingeleitet werden. In der Zwischenzeit beabsichtigen die alliierten Mächte, über die völlige Freigabe der rheinischen Eisenbahnen zu beraten. Die Kommission gibt der Hoffnung Ausdruck, daß eine befriedigende Lösung dieser Frage erreicht wird.

Warnungen des Reichsfinanzministers.

Das Reich kann weder Steuerstundungen noch Kredite in noch größerem Umfang gewähren.

Am Dienstag abend nahm der Reichsfinanzminister Dr. Luther Gelegenheit, die allgemeine Wirtschaftslage des Reiches vor Vertretern der Presse zu erläutern. Er wies darauf hin, daß die augenblicklich in größerem Umfang an die Regierung gestellten Forderungen und Wünsche auf die Abwicklung der Sanierungsaktion verwirrend wirken müssen. In besonderer Hinsicht alle das von den Steuern, für die man unter anderem Stundung bis nach der letzten oder auch einem Generalnachschuß wünschig wäre. Stundungen der Besteuerer, Anmündlich sei aber eine Stundung der Einkünfte, die auf den Konsumtionen, der die Ware sofort bezahlt, abgemacht werde. Ein Generalnachschuß könne nicht in Frage kommen. Andererseits verlangt man vom Reich, dem man die Steuern verweigert, wirtschaftliche Hilfe. Man werde, daß das Reich die Wirtschaft finanziere. Auch hier werde täglich das Menschennögliche getan, um die Wirtschaft flott zu halten. Im größeren Umfang sei aber die gewünschte Hilfe einfach unmöglich. Das sehe schon aus dem Stand der Reichsfinanzen her: Man hat in letzter Zeit von den Verhältnissen des Reiches sich ein völlig falsches Bild gemacht. Das Reich verfügt allerdings vor Wochen bei der Reichskasse über einen starken Bestand an öffentlichen Geldern, aber die Ausweisungsummen waren nicht alles Reichsgelder, sondern gehörten auch anderen Instituten. Kurzfristige Anleihen lagen allerdings durch den Verkauf von Rentenmarktschuldscheinen zahlreich vor. Diese gaben den Kassenerhältnissen das vorübergehende Bild, das in der Öffentlichkeit einen falschen Zustand über die Reichsfinanzen vorgetäuscht hat. Dem entspricht die wahre Lage nicht. Das Reich kann nur durchkommen auf Grund besonderer Einnahmen, z. B. der Rentenmarktschulden, der Einnahme aus der Münzprägung, der einmaligen Steuern und der zweiprozentigen Abgabe von den Obligationen. Es steht fest, daß die laufenden Steuern die Ausgaben des Reiches nicht decken. Bestimmt wird die Lage in Zukunft dadurch, daß die Einnahmen des Reiches für die Reparationszahlungen zu verwenden sind. Luther schloß: Die Lage ist ungeheuer ernst. Doppelte unerbittlich sind deshalb die Forderungen, die man an das Reich stellt. Die politische Einstellung gegenüber der Pflicht des Bürgers, Steuern zu zahlen, hat sich direkt zu einer Gefahr ausgewandelt. Die Grundfrage für die deutsche Wirtschaft ist, Kredite zu beschaffen. Es besteht eine Notlage in Deutschland, einen Ausweg in einer Inflation zu suchen, die in gemäßigten Grenzen gehalten wird. Man verzicht dabei aber den Kapitalsturz und daß eine neue Inflation nur auf Grund vorhandener Kapitalien möglich ist, das aber in Deutschland nicht mehr vorhanden ist. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten können nur durch Lösung der Kreditfrage beseitigt werden. — Man wird diese Warnung im ganzen nur unterbreiten können, wenn man auch Einzelheiten etwas anders sieht.

Hausuchungsdebatte im Reichstag

Die Völkischen halten dem Präsidenten Wallraf Löbe als Vorbild vor.

Zur Verhandlung kommen zunächst kommunistische Anträge, die sich auf die Durchsichtung der Räume der kommunistischen Fraktion im Reichstag und auf Zurückgabe des dabei beschlagnahmten Materials beziehen. Präsident Wallraf Löbe eine Darlegung seiner Verhandlungen mit dem Untersuchungsrichter beim Staatsgerichtshof, der die Genehmigung zur Durchsichtung erteilt, da es sich um eine Vorangelegenheit handele, bei der sich unter den 16 Beschuldigten auch die kommunistischen Abgeordneten Frölich, Koenen, Kemmeke, Stöcker, Pfeiffer und Lindau befinden. Die Durchsichtung sei sowohl vom Reichstagspräsidenten wie vom preussischen Landtagspräsidenten, an den dasselbe Gesuchen gerichtet war, gestattet worden, nachdem sich beide telefonisch miteinander in Verbindung gesetzt hätten. Sie hätten das Gesuchen nicht ablehnen können, da es sich um eine Beschuldigung gehandelt habe, so schwer, wie sie noch niemals als gegen über dem Parlament Mitgliedern erhoben worden sei. Die Hausuchung wurde vorgenommen vom Landgerichtsrat Kleff in Anwesenheit von vier Beamten des Hauses. Auch der Präsident habe sich zur Wehrwahrung bereitgehalten, falls sie notwendig werden sollte. Von einer Benachrichtigung der beteiligten kommunistischen Abgeordneten habe man abgesehen. (Lärm bei den Kommunisten. Rufe: Warum denn?) Auf Antrag der Kommunisten sei dann der Vorkensrat einberufen worden und dieser habe sich in seiner Mehrheit auf den Standpunkt des Reichstagspräsidenten gestellt. Der Präsident habe darauf den Untersuchungsrichter um Mitteilung über das Ergebnis der Hausuchung gebeten. In der Antwort habe Landgerichtsdirektor Vogel mitgeteilt, daß die Durchsichtung zur Auffindung sehr vieler und sehr wichtiger Schriftstücke über den von der Zentrale der KPD vorbereiteten Hochverrat, über die kommunistische Tscheta in Deutschland und über ihre Beziehungen zu der Zentrale geführt hat.

lich nicht gegen gewaltsamen Umsturz wehre, sei nicht wert, zu existieren. (Gelächter und Lärm bei den Kommunisten, lebhafter Beifall bei der Mehrheit.) Zur Moneyr löser Bestrebungen habe auch der Präsident des Reichstags sein vollgerichtet Maß beizutragen.

Dann werden die kommunistischen Anträge, die sich gegen die Hausuchung im Reichstage richten, ebenso die von der Regierung abgelehnte kommunistische Interpellation zu dem gleichen Gegenstand zur Beratung gestellt.

Abg. Kah (Komm.): Die Beratung auf vollendete oder vorläufige Morde sei eine unerhörte Beschimpfung der kommunistischen Partei, gegen die sie sofort härtesten Protest eingelegt habe. Das Verhalten der Präsidenten bedeute einen schweren Bruch der Reichsverfassung und eine schwere Verletzung aller Vorschriften der Strafprozessordnung. Die Durchsichtung und Beschlagnahme habe nicht das mindeste Material für die Ermittlung solcher Hochverratspläne und dergleichen ergeben. Ueber 350 Morde seien aus politischen Motiven von Parteigängern der Partei auf der Rechten gegen Angehörige der Arbeiterparteien, gegen Republikaner, verübt worden. Von einem Einverständnis gegen diese habe man nie etwas gehört. Ohne Selbstgefühl kam auch die Severing-Politik nicht aus. Die Korruption, Verkommenheit, Zerlumptheit eines solchen Regierungssystems ist nicht mehr zu überbieten. Der kapitalistische Heldzug gegen die Kommunisten ist jedenfalls eienb zusammengebrochen. (Händeklatschen bei den Kommunisten.)

Abg. Graf v. Helldorf (Dnalk.) bezeichnet die Rede des Abg. Kah als einen total mangelhaften Vereidigungsversuch der Kommunisten. Unter großem Lärm der Kommunisten erklärt er weiter, diese Ausführungen hätten die Würde des Hauses in schwerster Weise verletzt.

Abg. Dr. Lewi (Soz.):

Wir müssen alle diese schwierigen juristischen Fragen eingehend im Geschäftsausschuß prüfen. Der Präsident ist in direktem Verkehr mit dem Untersuchungsrichter gewesen. Das war bisher nicht üblich. Der Präsident hätte sich lieber mit einer Zentralkommission des Reiches in Verbindung setzen müssen. Es muß eine Instanz die politische Verantwortung für diese Dinge übernehmen und das ist das Reichsministerium des Innern. Der Präsident hätte sich der Zustimmung des zuständigen Ministeriums verschern müssen. (Widerstand rechts.) So aber wird der Reichstag erzwungen, als seien die Dinge geschehen, die der Reichsverfassung widersprechen. Der Artikel 35

Darauf wurde die Beschlagnahme der Hochverratsgegenstände genehmigt. (Erneuter Lärm bei den Kommunisten.) Dasselbe hat der Landtagspräsident getan. Präsident Wallraf weist zum Schluss noch auf Artikel 38 der Reichsverfassung hin, wonach Hausuchungen in den Parlamenten nicht ohne Zustimmung der Abgeordneten erfolgen dürfen. Damit sei dem Reichstagspräsidenten ein Recht beigelegt, das eine schwere Verantwortung bedeute. Für ihn sei die Verantwortung zur Ermittlung der Zustimmung eine große gewesen, die Verantwortung zur Ablehnung jedoch untragbar. (Zustimmung bei der Mehrheit, Widerspruch bei den Kommunisten.) Ein Staat, der

Paris, 22. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Das Veto der internationalen Finanz gegen das am Sonntag in der ersten Kommission der Londoner Konferenz zustande gekommene und von den alliierten Regierungen gutgeheißene Kompromiß in der Frage der Festsetzung deutscher Verzinsungen und ihrer Forderung wird in Paris, nachdem die erste Erregung, die der Alarm der nationalitätlichen Presse ausgelöst hatte, sich etwas gelöst hat, weit weniger tragisch genommen, als man hätte annehmen können. Auch in den Kreisen der französischen und belgischen Delegation scheint man nach den aus London vorliegenden Nachrichten die Situation durchaus ruhig und sachlich zu beurteilen und in der Intervention der Bankiers keineswegs eine Bedrohung des Erfolges der Konferenz zu erblicken. Man ist bereit, den zum Aus-

Gewerkschaftsbewegung.

Zur Arbeitszeitverordnung.

Preussische Ausführungsbestimmungen.

Mit Rücksicht auf die bei der Durchführung der Arbeitszeitverordnung vom 21. Dezember v. J. bisher gemachten Erfahrungen hat der preussische Minister für Handel und Gewerbe an die Regierungspräsidenten und den Polizeipräsidenten von Berlin einen umfangreichen Erlaß herausgegeben, dem der Amtliche Preussische Botschafter folgendes entnimmt:

Der Ausgleich des an einzelnen Werktagen etwa einwirkenden Ausfalls an Arbeitsstunden ist nur innerhalb der 45 stündigen Woche oder 96 stündigen Doppelwoche zulässig, es sei denn, daß durch Tarifvertrag oder behördliche Ausnahmegenehmigung ausdrücklich etwas anderes vereinbart oder gestattet ist. — Das Recht der Beanstandung von Bestimmungen über die Arbeitszeit ist nicht für allgemein verbindlich erklärte Tarifverträge, die nur innerhalb eines Regierungsbezirkes oder inner 1/6 des Bezirks der Stadt Berlin Geltung haben, ist auf die Regierungspräsidenten bzw. auf den Polizeipräsidenten von Berlin übertragen.

Zwecks Förderung der tarifmäßigen Arbeitszeitregelung ist es notwendig, die Beteiligten auf den Weg der Schlichtung hinzuweisen und zugleich durch persönliche Rücksprache mit dem zuständigen Schlichtungsausschuß oder Schlichter festzustellen, welche Ausnahmen für eine vorläufige Regelung im Wege der Schlichtung bestehen. — Auf die Einhaltung ausreichender Pausen soll mit Nachdruck hingewirkt werden. Bei einer Arbeitszeit von mehr als 6 bis zu 8 1/2 Stunden einschließlich sollen die wöchentlichen Arbeitsstunden der Pausen in der Regel 1/2 Stunde dauern; bei einer Arbeitszeit von 8 1/2 bis zu 9 1/2 Stunden einschließlich mindestens 1 Stunde. Für jugendliche Arbeitnehmer sollen mit Rücksicht auf ihre große Schutzwürdigkeit entsprechend längere Pausen vorgesehen werden. Der Arbeitsschutz in den Betrieben der Gemeinden und G. A. B. -Betrieben liegt den Gewerbeaufsichtsbeamten in den ersten Instanzen ob und ist in der gleichen Weise wahrzunehmen wie in den privaten gewerblichen Betrieben.

Rechtsnachfolge der Betriebsräte.

Die schließlichen Verwalterunternehmer haben nach beendeter Ausübung der Betriebsräte zum größten Teil nicht erteilt, sie gänzlich ausgeschaltet und die Schließung der Betriebsrätezimmer durchgeföhrt.

Wie wir auf Anfrage an zuständigen Stelle erfahren, war das schließliche Arbeitsministerium feierlich vom Reichsarbeitsministerium erwidert worden, mit den Unternehmern über die Regelung der Betriebsratsfrage zu verhandeln, doch lehnten die Unternehmer ab. Sie erklärten, daß das für die Wiedererrichtung der Betriebsräte eingeleitete Schlichtungsverfahren nicht sei.

Wie wir von anderer Seite hören, soll Ministerialrat Hirsch vom Reichsarbeitsministerium zugunsten der Unternehmer entschieden haben.

30 000 Bergbauunfälle in 8 Monaten.

Wartbau an den Ruhrarbeitern.

Der Bergarbeiterverband weist auf die seit Monaten in erschreckendem Maße sich mehrenden Betriebsunfälle im Ruhrbergbau und in der Metallindustrie des rheinisch-westfälischen Industriegebietes hin. Diese Steigerung der Betriebsunfälle läßt den untrüglichen Schluss zu, daß das Unternehmertum an den Arbeitern einen unermesslichen Raubbau treibt und alle gesetzlichen Bestimmungen über Unfallverhütung und Betriebsicherheit von den Betriebsleitern außer acht gelassen werden. Für die gesamte Bergarbeiterchaft haben sich die Verhältnisse gefährlich gestaltet. Innerhalb eines Zeitraums von acht Monaten hat sich hier die Zahl der Unfälle nahezu verdreifacht. Täglich ereignen sich in den Gruben und Grubenbetrieben mindestens 100 Unfälle, es gibt Zeiten, wo sie sogar auf 200 und mehr täglich ansteigen. Davon sind durchschnittlich 1-2 Prozent tödlich; ein erheblicher Prozentsatz ist schwerer Natur. Seit der Aufgabe des neuen Weidensandes, also in einem Zeitraum von acht Monaten, dürften sich im Ruhrbergbau mindestens 30 000 Unfälle ereignet haben, d. h. durchschnittlich im Monat nahezu 4000 Unfälle. Man bekommt den Eindruck, als seien die Gewerbeaufsichts- und Bergweiserbeamten sämtlich Opfer des Beamtenabbaus geworden.

Die „praßenden“ Lohnarbeiter.

In der „Deutschen Arbeiterzeitung“ Nr. 23 vom 13. Juli behauptet ein Artikel von Reichsbild, daß es nicht allein genüge, unsere Leistungsfähigkeit zu heben, sondern der Lohnarbeiter müsse sich auch dazu verstehen, seinen Eigenverbrauch zeitweilig einzuschränken. Nur dadurch sei eine Hebung des Staatskredits und damit eine Besserung unserer Wirtschaft möglich. Mit anderen Worten: „Mehr Arbeit, weniger Brot!“ Einen größeren Widerstand kann es wohl kaum geben. Schon aus Gründen der Gesundheit müßte dieses Experiment verfallen. Ist dem Verfasser nicht bekannt, wie es um den Gesundheitszustand des deutschen Volkes steht? Hat er noch nichts davon gehört, in welcher erschreckenden Maße Tuberkulose usw. unter dem arbeitenden Volke infolge Unterernährung wüthet? Vielleicht nimmt er sich einmal die Mühe und studiert die Berichte der deutschen Volkswirtschaft. Die Arbeiter des ihm scheinbar geistesverwandten, famosen Prof. Gruber dürften er dabei natürlich nicht zu Rate ziehen. Und diesem unter-

ernährten Volke müßte man zu, noch mehr zu arbeiten und dabei noch karger zu leben als bisher. Wie wäre es, Herr Reichsbild, wenn Sie dies erst einmal an eigenen Leibe probieren würden?

Über auch volkswirtschaftlich wäre das Anstehen des Herrn Reichsbild puer Böhse. Eine Einschränkung des Eigenverbrauchs würde ohne weiteres eine Vermehrung der Arbeitslosigkeit mit sich bringen. Nicht durch Einschränkung des Eigenverbrauchs, sondern durch Hebung der Kaufkraft der breiten Massen kann unsere Wirtschaft wieder zu einer Gesundung kommen und damit zur Hebung des Staatskredits beitragen. Aber im Kopfe eines „Reichsbilders“ wie der Welt sich eben anders. Er mag seinen Kopf anderwärts, als bei „Lohnarbeitern“ unterbringen.

Die Entwicklung der Tarifverträge.

Aus einer Anzahl von Ländern liegen statistische Veröffentlichungen über die abgeschlossenen Tarifverträge über die Zahl der erlosenen Industriewerke, Betriebe und Arbeiter vor. So aus Schweden, Norwegen, Holland, der Tschechoslowakei, Frankreich usw. Als gemeinsamer Zug ist die Abnahme der Tarifverträge in den Jahren 1921/22 gegenüber den vorhergehenden Nachkriegsjahren zu verzeichnen.

Infolge der Wirtschaftskrise wurden viele abgelaufene Tarifverträge nicht erneuert. Die Produktionsbeschränkungen und die Arbeitslosigkeit hat die Zahl der von den Tarifverträgen erfassten Arbeiter vermindert, während dank der Konzentration der Betriebe die Zahl der Betriebsverträge wesentlich vermindert wurde. Dieser Zug ist besonders für Holland beachtend, wo die Zahl der Tarifverträge wesentlich zurückging, ohne eine entsprechende Abnahme der Zahl der durch diese erfassten Personen. In Schweden ist die Zahl der Tarifverträge von 2254 im Jahre 1920 auf 1772 Ende 1922, in Norwegen von 1029 auf 933 Ende 1921, in der Tschechoslowakei von 1071 1919 auf 422 im Jahre 1921 zurückgegangen. In Frankreich war die Zahl der Tarifverträge sehr gering, sie betrug 1922 196 und erstreckte sich zumeist auf kleinere Betriebe. Von den 610 Tarifverträgen in Polen im Jahre 1921 entfielen 197 auf die Landwirtschaft. In Russland ist die Zahl der Tarifverträge besonders infolge der Konzentration des Transportsektors — 2 Millionen Eisenbahner und Transportarbeiter werden dort von 6 Tarifverträgen erfaßt — nicht sehr groß. Sie betrug im März 1923 70 allgemeine, außerdem gab es aber noch 673 lokale Tarifverträge.

Republikaner!

Rüflet in allen Orten zur

Verfassungsfeier

am 10. und 11. August.

Verankert überall

Rundgebungen

und Umzüge unter Mitführen der Fahnen der Republik.

Sozialdemokraten! Parteigenossen! Ihr seid die Vorkämpfer der Republik. Euch allein fürchten die Schwarzweißroten Monarchisten, deshalb überall vor die Front! Am 10. August muß in allen größeren Orten ein

Republikanischer Tag

sein.

Geht sofort an die Vorbereitung!

Der Achtstundentag in England.

Die englische Gewerkschaftszentrale hat durch Rundfrage bei den angeschlossenen Organisationen festgestellt, inwieweit der Achtstundentag in England bereits durchgeföhrt ist. Von 133 Gewerkschaften mit 4 688 699 Mitgliedern sind Antworten eingelaufen. Danach ist die Lage folgendermaßen: 40-Stunden-Woche 24 300 Mitglieder, 42-Stunden-Woche 800 000 Mitglieder, 44-Stunden-Woche 365 657 Mitglieder, 46-Stunden-Woche 2500 Mitglieder, 48-Stunden-Woche 11 500 Mitglieder, 47-Stunden-Woche 964 224 Mitglieder und 48-Stunden-Woche 1 409 619 Mitglieder. Es arbeiten also 3 224 714 Gewerkschaftsmitglieder 48 Stunden und weniger, das heißt Dreiviertel der Belegschaft. Bemerkenswert ist der große Prozentsatz, der nur 42 Stunden pro Woche arbeitet.

In England gibt es aber bislang noch kein allgemeines Gesetz über den Achtstundentag. In Deutschland dagegen, wo der Achtstundentag durch die bekannte Verordnung des Reichsarbeitsministers „gesetzlich festgelegt“ ist, arbeiten nach der Erhebung des I. D. G. B. mehr als die Hälfte der Arbeiter länger als 48 Stunden die Woche.

Streikbeschuß der englischen Elektrizitätsarbeiter.

Aus London wird gemeldet: Eine im ganzen Land veranfaßte Abstimmung unter den Arbeitern der elektrischen Zentrale ergab eine große Mehrheit für einen Streik, um eine Lohnerhöhung von 10 Schilling pro Woche durchzusetzen.

Die Arbeitszeit der Eisenbahner in England.

Bergangene Woche hielt der englische Landesverband der Eisenbahner seinen ordentlichen Kongress ab. Die Konferenz nahm einen Antrag an, demzufolge die Exekutivkommission einen Gesetzentwurf betreffend die Nationalisierung und demokratische Kontrolle der Eisenbahnen ausarbeiten und dem Parlament unterbreiten soll.

Die Eisenbahner verlangen ferner, daß sie von dem demnächst vom Arbeitsminister dem Parlament vorzulegenden Gesetzentwurf betreffend die Nationalisierung der Konvention von Washington über den Achtstundentag nicht betroffen werden. Nach jahrelangen Kämpfen geneigten die Eisenbahner zurzeit den freien Sonntag unabhängig von der 8 1/2-erlen Arbeitswoche. Ein Gesetzentwurf, wie er in Vorbereitung ist, würde deshalb für die Eisenbahner einen Rückschlag von 20 Jahren bedeuten. Deshalb wollen sie eine Ausnahmeklausel. Bis jetzt hat der Arbeitsminister offenbar diese Klausel abgelehnt. Die Eisenbahner hingegen drohen damit, den außerordentlichen freien Sonntag nicht aufzugeben.

Die Eisenbahner verlangen ferner, daß sie von dem demnächst vom Arbeitsminister dem Parlament vorzulegenden Gesetzentwurf betreffend die Nationalisierung der Konvention von Washington über den Achtstundentag nicht betroffen werden. Nach jahrelangen Kämpfen geneigten die Eisenbahner zurzeit den freien Sonntag unabhängig von der 8 1/2-erlen Arbeitswoche. Ein Gesetzentwurf, wie er in Vorbereitung ist, würde deshalb für die Eisenbahner einen Rückschlag von 20 Jahren bedeuten. Deshalb wollen sie eine Ausnahmeklausel. Bis jetzt hat der Arbeitsminister offenbar diese Klausel abgelehnt. Die Eisenbahner hingegen drohen damit, den außerordentlichen freien Sonntag nicht aufzugeben.

Kommunistische Zerstörungsarbeit in Ostpreußen.

Die Kommunisten, die sich durch ihre Feigheit und Sontwärtigkeit schon während des letzten ostpreussischen Landarbeiterstreiks erbärmlich blamiert haben, sind im Begriff, sich weiter lächerlich zu machen. Ihre Absicht ist jetzt, wie wir dem Pressebüro des Deutschen Landarbeiterverbandes entnehmen, in Ostpreußen ihre in anderen Teilen des Reiches bereits wieder zu sammengeschaltene Landarbeiterorganisation, den kommunistischen „Land- und Waldarbeiterverband“, aufzusuchen. Hierzu sollen mit großem Tamiam vorbereitete Kreisversammlungen dienen. Stattdessen haben solche Konferenzen bis jetzt in den Kreisen Lieberung, Labiau, Königsberg, Fischhausen, Wehlau, Insterburg, Gumbinnen und Löben. Soweit Feststellungen möglich waren, lassen sie erkennen, daß die Geschichte in allen Fällen glatt ins Wasser gefallen ist. Ein Beweis hierfür sind die Konferenzen in Labiau und Insterburg. Konnten in Labiau noch 14 Landarbeiter gezählt werden, so fanden sich in Insterburg ganz acht zumminnen. Ausgeföhrt wurden die Konferenzen mit einem fürchterlichen Geschehen über den „schlappen“ Verbandsvorstand und die „leihen“ Gau- und Kreisleiter. Von weitwärtiger und verantwortungsvoller Landarbeiterpolitik war auch nicht die geringste Spur zu entdecken. Dafür wurden aber eckelnde Resolutionen angenommen, die den geschmähten Verbandskörperlichkeiten mit dem Geschehen übermittelte wurden, die hierin enthaltenen Forderungen zu verwirklichen.

Die Verschmelzungsfrage

in den amerikanischen Gewerkschaften.

Seit vielen Jahren ist in Amerika die Frage der Verschmelzung der bestehenden Berufsverbände zu Industrieverbänden immer wieder diskutiert worden. Die Führer der A. F. of L. und der meisten einzelnen Verbände innerhalb und außerhalb der A. F. of L. haben sich jedoch mit verhältnismäßig wenigen Ausnahmen, abseits zur Bildung umfassender Industrieverbände gestellt. In jüngster Zeit wurde für den Verschmelzungsgegenstand besonders seitens der kommunistischen „Trade Union Educational League“ Propaganda gemacht. Deren Plan geht dahin, 14 große Industrieverbände zu schaffen, innerhalb welcher im allgemeinen die jetzt vorhandenen Organisationen als besondere Gruppen fortbestehen sollen. Von den Schwierigkeiten zu befragen, die sich daraus ergeben, daß Angehörige eines und desselben Berufes in verschiedenen Industrien beschäftigt sind, wären gewisse Industrieverbände in Abteilungen zu gliedern, so zum Beispiel der Verband der Metallindustrie in eine Abteilung der in Eisenbahnerbetrieben beschäftigten Metallarbeiter und eine zweite Abteilung der übrigen Metallarbeiter. In Streitfragen und dergleichen hätte die erstgenannte Abteilung gemeinsam mit dem Gesamtverband der Eisenbahner vorzugehen. Es ist immerhin bemerkenswert, daß zwei große Verbände, nämlich die Eisenbahn- und Dampfschiffangehörigen und die Eisenbahnerbauarbeiter, sich zugunsten dieses Verschmelzungsplanes ausgesprochen haben. Auf der letzten Jahreskonferenz der A. F. of L. (1923) wurden drei Entwürfe eingebracht, welche die Verschmelzung der Berufsgewerkschaften zu Industrieverbänden veranfaßten. Der Ausschuß, der die Entwürfe vorzubereiten hatte, beantwortete, daß die Grundzüge auch für die Zukunft gelten sollten, welche die Konferenz zu Granton 1901 beschlossen hatte. Diese belegen, daß seine feste Regel für die Abgrenzung der einzelnen Gewerkschaften aufgestellt werden können, daß es aber im Interesse der Gewerkschaftsbewegung liegt, wenn nahe verwandte Berufe den Zusammenschluß erwägen und wenn Bezirks- und Landesausföhre gebildet werden, welche Streitfragen zwischen verwandten Berufen zur Austragung zu überlassen sind. Der Bericht des Ausschusses wurde ohne Gegenstimmen angenommen.

Anfangs 1923 beschloß eine in Montreal (Kanada) statt gefundene Tagung von Vertretern der Eisenbahnerbetriebsarbeiter die Einsetzung eines Ausschusses zur Förderung der Verschmelzungsfrage und die Einberufung einer Konferenz aller beteiligten Arbeiter zur Verhandlung über diese Frage. Die Konferenz wurde aber nicht abgehalten. Der Umstand, daß für den Gedanken der Industrieverbände in Amerika vor allem die Anhänger der Roten Gewerkschaftsinternationale eintreten, bedeutet tatsächlich eher ein Hindernis als eine Förderung seiner Verwirklichung. Den Nachteilen, welche sich aus dem Bestand von Berufsverbänden ergeben, sucht man nach wie vor durch Bildung gemeinsamer Vertretungskörperlichkeiten verwandter Berufe zu begegnen. Zu diesen Körperlichkeiten gehören die „Departements“ der Eisenbahner, Metallarbeiter und Bauarbeiter, die innerhalb der A. F. of L. gebildet wurden, dann die verschiedenen „Trade Councils“ für einzelne Städte sowie für größere geographische Gebiete.

Aus aller Welt.

Ein neues Weltall.

Ein neues Weltall, das entfernteste Objekt, das je von einem Menschenauge gesehen wurde, ist nach dem „Daily Science Bulletin“ in Washington entdeckt worden. Photographien des Harvard-Observatoriums zeigen einen kleinen, ganz lichtschwachen Fleck am Firmament, der nichts anderes vorstellt, als ein Weltall, wie das unsere, das nicht viel etwas kleiner ist. Der Direktor des Observatoriums, Dr. Harlow Shapley, schreibt darüber: „Das Licht braucht eine Million Jahre, um von dem neuen Weltall zur Erde zu gelangen. Die entferntesten Sterne und Nebelwolken, die bisher beobachtet wurden, haben nur eine Entfernung von 250 000 Lichtjahren. Das neue Weltall ist sechs hundert Millionen Meilen weit. Dieses Weltall, das die Astronomen in ihren Sternkatalogen nur als Katalognummer anführen, wurde vor einigen Jahren von dem verstorbenen Dr. Barnard beobachtet, aber jetzt erst konnte man Aufnahmen machen, und zwar durch das 100-Zoll-Teleskop von Mount Wilson, das größte der Welt; und erst durch die Photographien konnte man feststellen, daß es sich bei dieser Sternwolke um ein Universum wie das unsere handelt. Es entspricht den Magellans-Wolken, schwachen Lichtflecken am südlichen Himmel, die zuerst von Magellans gesehen und jetzt als ein großes Sternsystem erkannt wurden, bestehend von der Milchstraße und unserem eigenen Sternensystem, aber kaum kleiner. Dieser schwache Schimmerfleck, der mit ungewohntem Auge nicht gesehen werden kann, in einem mittleren Teleskop so groß wie ein Steinbeißer ist, ist weiß, weit außerhalb der Grenzen unseres eigenen Sternensystems, das die Astronomen nach der Milchstraße das „Milchstraßen“- oder „Magellansche System“ nennen. Der Durchmesser unseres Weltalls wurde bisher auf 350 000 Lichtjahre geschätzt, der weiteste Kugelflächer der Menschheit, den der Menschengeist jetzt erfaßt hat, ist dreimal so weit.“

Das Geheimnis der Gasmarterel.

Seeben erzählt hat, daß es dem Leiter des Photochemischen Laboratoriums und der Photographischen Sternwarte der Technischen Hochschule in Berlin-Charlottenburg, Geheimrat Prof. Dr.

Mische, gelungen ist, aus Quecksilber Gold herzustellen. Mit allen Mitteln der Wissenschaft gereinigtem Quecksilber wird mehrere Stunden hindurch ein elektrischer Strom von 400 Volt ausgeleitet. Bei diesem Vorgang kommt es zu großen Wärmeenergien; bei einem Versuche hat man 1400 Grad gemessen. In dem so behandelten Quecksilber findet sich das Gold. Quecksilber und Gold haben ein nur wenig voneinander abweichendes Atomgewicht: Quecksilber 201 und Gold 197 — die Differenz beträgt 4. Dieses aber ist das Gewicht eines Heliumatoms. Der Vorgang ist also ganz einfach zu erklären: Das Quecksilberatom gibt ein Heliumatom frei, wobei das Gold entsteht. Von nunherin ist zu betonen, daß diese Entdeckung nicht die geringste wirtschaftliche Bedeutung hat, da die Herstellung eines Kilogramms Gold 20 Millionen Geldmark verschlingen würde.

Strandtragödie.

In der englischen Küste ereignete sich eine Strandtragödie mit tödlichem Ausgang. Eine große Anzahl von Frauen und Kindern lag am Strande, als eine große Welle kam und die Ufer überflutete. Sie wurde hervorgerufen durch die vorübergehenden Dampfer „Bergaria“ und „Majestic“. Die Welle kam so unerwartet, daß niemand Zeit hatte, sich in Sicherheit zu bringen. Einige Kinder eilten zum Strande, um wenigstens zu verhüten, daß die Kinder von der zurückflutenden See dahingegerissen werden. Die Welle ist es zu danken, daß sie gerettet wurden. Aber ungefähr vierzig Personen waren vollständig durchgeföhrt. Stühle, Kinderwagen, Schuhe und Kleider waren weggeschwemmt. Später konnten ganze Körbe voll Kleider und andere Requisiten aufgeföhrt werden. Aber zwei Menschenopfer hat die Tragödie doch gekostet. Zwei Fischer, die gerade auf dem Wasser waren, als die Welle herankam, wurden umgeworfen und ertranken. Ihre Leichen konnten noch nicht geborgen werden.

Der Vogel als Mauer.

Eine ganz absonderliche Weise zu nisten und zu brüten, hat ein afrikanischer Nashornvogel, Koriwi genannt, ein Vogel, etwas größer als eine Elster, schwarz und weiß gepunktet, mit rotem, großem und gebogenem Schnabel, der oben einen Auswuchs, eine Art von Horn hat. Sehr schön, nisten diese funderbaren Vögel

in Baumhöhlen, welche sie förmlich zumauern, um das brütende Weibchen gegen Raubtiere und Baumfresser zu schützen. Nachdem das Weibchen des Koriwi das Nest in der Höhlung des Baumstammes von seinen eigenen Federn hergestellt hat, legt es sich hinein, um seine Eier dort zu legen, sie auszubühen und die Jungen zu behüten, bis sie flügge geworden sind. Solange aber ist und bleibt es eine vollkommen eingesperrte Gefangene, denn sobald es im Neste Platz genommen hat, um den mühseligen Nistkasten nachzukommen, mauert der väterliche Gatte es im wahren Sinne des Wortes ein, indem er den Eingang bis auf eine schmale Spalte mit Lehm verklebt und diese nach seinem Schnabel abpaßt, denn seine Obliegenheit ist es ja, nur zwei bis drei Monate hindurch das Weibchen und die Jungen zu füttern. Diese Anstrengung entkräftet das arme Männchen meist in so hohem Grade, daß es ganz elend und bagemagert wird und so eingesperrte Weibchen meist so fett wird, daß die Eingeborenen es als Leckerbissen zu betrachten pflegen und die Nester daher ausnehmen, wo sie solche finden.

Ein männerloses Hotel.

In Newyork ist vor kurzem das erste für alleinstehende Damen bestimmte Hotel eröffnet worden, das den Bewohnern einen höchsten Grad von Sicherheit verbürgt soll. Säkungsgemäß ist den Männern das Betreten der Etagen untersagt, und ebenso wenig dürfen sie sich in den Gesellschafts- und Versammlungsräumen aufhalten; nur wenn ein Herr von einer Dame eingeladen wird, darf er die Räume des Hotelrestaurants betreten, während alle anderen Besucher in der Hotelhalle warten dürfen. Wo sie unter der strengen Aufsicht des Direktors bleiben. Durchreisende Fremde und Neugierige, die das eigenartige Establishement besichtigen wollen, müssen sich mit einem Einlaß durch die Glasscheibe des Barterres begnügen, wo sie nicht weiter gehen als eine Reihe von bequemen Klubsesseln, für die Wartenden bestimmt, die eine der im Hotel wohnenden Damen besuchen. Das starke Gewicht wird ausschließlich von dem Direktor und dem Kassierer vertreten; das gesamte übrige Personal ist aus Frauen zusammen, angefangen von der Stiefelputzerin bis zur Leiterin des Restaurants.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 23. Juli.

Sozialdemokratische Partei.

Jungsozialisten. Donnerstag, abends pünktlich 1/2 8 Uhr, Arbeitsgemeinschaft: Die ökonomischen Probleme des Sozialismus. Gäste willkommen.

Die neue Milchbewirtschaftung.

Der praktische Landwirtschaftsminister hat eine Erläuterung zu der Verordnung vom 6. Juni erlassen, wonach jede zwangsweise Erzeugung und Regelung der Erzeugung und Verwertung von Milch und Milchprodukten bei der Milchgewinnung in Regalfall getrieben ist. Die Erläuterung enthält die Bestimmungen mit mehr als 20.000 Einwohnern zur Konzentrierung des Handels mit Vollmilch, Magermilch und Sahne. Die Besondere der Erläuterung ist, dass nur aus drei Gesichtspunkten erfolgen: 1. bei der Milchgewinnung, 2. bei der Milchverarbeitung, 3. bei der Milchverteilung.

Die Monopolstellung der Milchgewinnung ist auf die bestehende Dauer im Vorkriegszustand zu belassen, die Bestimmungen zu Maßnahmen dieser Art kann nur noch im Rahmen der Bestimmungen des Jahres 1914 getroffen werden. Die in einzelnen Städten bestehenden Milchverarbeitungs-Gesellschaften werden innerhalb dieser Frist beibehalten, das Fortbestehen durch wirtschaftlichen Ausbau auf eine feste Grundlage zu stellen, die für ihre wirtschaftliche Verteidigung erweisen und der Konkurrenz eines anderen angeschlossen werden können.

Anmeldung zum Rundfunk! Uns wird mitgeteilt: Noch immer besteht in weiten Kreisen des Substrums Unkenntnis darüber, welches der einfachste und schnellste Weg ist, um Rundfunkteilnehmer zu werden. Wir weisen daher heute nochmals darauf hin, dass dies entweder durch jeden Radiohändler, bei dem man den Empfangsapparat oder einzelne Teile kauft, geschehen kann, indem der Händler den Namen des betreffenden Kaufers dem zuständigen Postamt meldet, oder dadurch, dass der neue Teilnehmer sein Postamt persönlich oder telefonisch verständigt. Der allerjüngste Weg aber ist die Meldung an den Briefträger, der unbekannt unter allen Umständen vorzuziehen ist, diese Meldung entgegenzunehmen und am nächsten Tage dem zuständigen Postamt den 2 Pf. einzuwerfen, Schwarzfahrer wider Willen, d. h. Käufer, welche zahlen wollen, aber sich nicht in Unbesonnenheit eines besonderen Ganges auf das Postamt unterziehen wollen, kann es nach den klaren Bestimmungen der kaiserlichen Oberpostdirektion nur nicht mehr geben. Alle übrigen aber, welche hören ohne zu zahlen, machen, nachdem die Kaufleute der Behörden endgültig erspäht ist, sich strafbar, wenn sie nicht noch in letzter Stunde eine freiwillige Meldung dem mit unangenehmen Begleiterscheinungen verbundenen Straftatbestand vorziehen.

Von schwerer Anlage freigesprochen.

Der 17 Jahre alte Arbeiter Bial hatte in den Monaten April und Mai vorigen Jahres aus Mordanklagen in den Regalreihen zu fünf verschiedenen Malen Mordanklagen gestiftet. Wegen dieser dreifachen Mordanklagen war er zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt worden. Als seinen Mörder nannte er später den 22 Jahre alten Buchhalter Gerhard von Gieważył, ferner gab er an, dass er die gestohlenen Mordanklagen bei dem Produktenhändler Reinhold Bawel, dem Kaufmann Karl Eich, der Produktenhändlerin Luise Scholz gekauft habe. Bei Bawel und Eich will er zu verschiedenen Malen Verträge geschlossen haben. Diese Verträge hatten sich deshalb wegen werbemäßiger Hecherei und die Scholz wegen einfacher Hecherei, v. Gieważył wegen einfachen Diebstahls vor dem kleinen Schöffengericht zu verantworten. v. Gieważył, der jetzt in Schwibbusch wohnt, war von dem persönlichen Erscheinen zum Termin befreit. Bei seiner kommissarischen Vernehmung hatte er irgend ein Verhältnissen in Breslau gestiftet. Bawel will nur ein einziges Mal von den Mordanklagen gekauft haben, aber unter unverdächtigen Umständen, weil

der Vater des B. bei dem Verkauf zugegen war. S. behauptete, dass er mit dem Verkauf der Mordanklagen nichts zu tun hätte. Er habe dem Bawel nur einen Raum zur Verfügung gestellt. Die Scholz, welche den Bial überhaupt nicht kennen. Als einziger Zeuge trat Bial auf, der die Angeklagten sehr befasste. Im Vorverfahren hatte er indes wesentlich andere Angaben gemacht als jetzt. Die Staatsanwaltschaft glaubte diesem Zeugen und beauftragte gegen Bawel und Eich je 1 Jahr Zuchthaus, gegen Gieważył 9 Monate, gegen Frau Scholz 6 Monate Gefängnis. Das Gericht hielt es doch für gewagt, lediglich auf das Zeugnis des Bial hin eine Verurteilung zu fällen. Es verurteilte deshalb nur Bawel wegen Betrugs gegen das Geleit betreffend den Handel mit unedlen Metallen, weil er von einem Mordanklagen Meißel gekauft hatte, zu 200 Goldmark Geldstrafe und sprach die anderen Angeklagten völlig frei.

Funktionäre in Distrikten und Betrieben!

Wir weisen erneut auf die am Donnerstag, den 24. Juli, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, großer Saal, stattfindende

Funktionär-Versammlung

hin, an der alle Funktionäre, welche den Anspruch auf Tüchtigkeit erheben, unbedingt teilnehmen müssen. Nur die Vertrauensleute der Partei, welche sich mit dem nötigen geistigen Rüstzeug versehen, werden in der Lage sein, ihren schwereren Aufgaben in agitatorischer wie organisatorischer Hinsicht gerecht werden zu können. Eine Tagesordnung wie:

- 1. Bericht über die Ergebnisse im kassischen Gebiet, behandelt vom Genossen Dr. Hambergert, und
2. Die Begründung unserer Oppositionsstellung im Reichsausschuss von Genossen Mache dürfte auch in der Hundstagsheide jeden einzelnen unserer Funktionäre zum Besuch der Versammlung bewegen.

Ohne Parteibuch und blaue Funktionär-Karte kein Zutritt! Stellvertretende Distriktsfunktionäre erhalten Zutritt im Parteisekretariat am Donnerstag abends bis 7 Uhr.

Ungevolte Anerkennung.

Die „Schlesische Zeitung“ schreibt unterm 18. Juli aus Leipzig: Der Erlös für die Kartobüchlein an den Chauffeuren des Kreises Nimptsch betrug bei der letzten Verpachtung 47.081 Goldmark. Rechnet man die Kreise für die Rückzahlung hinzu, so ergibt dies für den Kreis eine Gesamteinnahme von nur 17.000 Goldmark ein Beweis, daß die Obstruktion im Kreise auf besonderer Höhe steht.

Das ist einleuchtend eine erfreuliche Feststellung, um so mehr, als sie von der deutschnationalen „Schlesische Zeitung“ gemacht wird, die sich dem — ganz über ungewollt — dem Verdacht der Objektivität aussetzt, was ihr heutzutage von ihren Parteifreunden nicht allzuwider angetan wird. Denn der Kreis Nimptsch hat einen Landrat, der von den Parteifreunden der „Schlesischen Zeitung“ seit Jahren auf das heftigste und mit den unfaulsten Mitteln bekämpft wird.

Dieser Landrat heißt Seibold und ist Sozialdemokrat!

Wir teilen das der deutschnationalen Redaktion in aller Freundschaft mit und hoffen, daß dieses neue Wissen keine, über das Maß des Normalen hinausgehenden seelischen Krämpfe auslöst. Denn es ist für deutschnationalen Partei bestimmt fürchterlich, heißt die Obstruktion eines Landrates lebend anzuerkennen, wenn diesem Kreis ein sozialdemokratischer Landrat vorsteht.

Ein tüchtiger Geschäftsmann.

Der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten schreibt uns: Am 6. Oktober 1923 bezichtigte ein jüdischer Student den Buchhalter Dr. Orlitzki als Mörder von Bial, der in Breslau dabei, als er laut geschrien, die Vorübergehenden aufforderte, die Juden totzuschlagen, auch an einzelne Passanten unmittelbar diese Aufforderung richtete. Ein Polizeibeamter, der Orlitzki schon vorher zur Ruhe verwiesen hatte, bringt ihn schließlich zur Wache, wo er den Ruf: „Schlagt die Juden tot!“ wiederholt, auch den Studenten fortwährend mit der Bezeichnung „Judenhund“ belegt. Auf Strafanzeige wird gegen Orlitzki ein Verfahren eingeleitet. Wie er bei seiner Feststellung auf der Polizeiwache erklärt hatte, „er sei zu jedem politischen Mord bereit und würde den Studenten dazu bestimmen“, so befragt er auch noch an Gerichtsstelle den jüdischen Studenten mit antisemitischen Redensarten. Und als er gar wegen öffentlicher Beleidigung und Aufreizung zum Klassenhaß zu fünfzig (!) Mark Geldstrafe verurteilt worden ist, schickt er nach am 28. April 1924 dem Studenten einen Brief, in dem, auf einem Firmenbogen „Verlag O. Walthers“ wirklich steht: „Verurteilter Judenhund! Revanche 5. Mai, Orlitzki Walthers.“ Der Briefumschlag trägt die Aufschrift: „Schlagt die Juden tot!“ Am Juni 1924 beginnt Herr Orlitzki Walthers und seine Frau oder Braut bei der jüdischen Bevölkerung in Breslau eine Broschüre zu vertreiben; der Titel lautet nun aber nicht mehr: „Schlagt die Juden tot!“, sondern „Ein Mahnwort zur Judenfrage.“ Die Broschüre trieb von ebensolcher Menschlichkeit und heroischer Freundschaft für die Juden. Da solche Gesinnung gut bezahlt werden muß, kostet die Broschüre 1 Rentenmark. Von einem Vertrieb der Schrift in christlichen Kreisen ist bisher nichts bekannt geworden. Aber Herr Walthers scheint, seit er seine philoemittliche Gesinnung entdeckt hat, ganz gut gestellt zu sein. Denn einen Brief, in dem er einem in antisemitischen Kreisen gut gesehenen

Herrn erst seine gute Gesinnung empfahl, um ihn dann um 100 Mark anzupumpen, hat er nicht mehr wiederholt.

Die Geschäftstüchtigkeit des Herrn Walthers verdient alle Anerkennung, die Kenntnis von so viel Gesinnungstüchtigkeit aber auch weite Verbreitung, damit diesem Gentleman, auch wenn er dadurch „geschäftliche“ Einbuße erleiden sollte, das Handwerk gelehrt wird.

Sommerferienzüge im August.

Im August verkehren folgende Sommerferienzüge 3. Klasse zum ermäßigten Fahrpreis: 1. am 8. August nach der Ostsee; 2. am 9. August nach dem Riesengebirge, nach Oberanern, Schreiberhau, Schirndorf und Frankfurt (Oder); 3. am 10. August nach der Nordsee. Der Fahrpreis der Sommerferienzüge beträgt für Hin- und Rückfahrt 6 Pfennig für 1 Kilometer gegenüber dem normalen Fahrpreis von 8 Pfennig für 1 Kilometer. Der Fahrpreisverlauf beginnt am Montag, den 23. Juli, vormittags 8 Uhr. Die Fahrkartenausgaben solcher Stationen, die von den Sommerferienzügen nicht berührt werden, nehmen Bestellungen auf Sonderkarten schon jetzt entgegen. In den Sommerferienzügen nach der Ostsee und der Nordsee werden in Stettin bzw. in Hamburg und Bremen gegen Vorweisung der Sonderkarten für die entsprechenden Klassenkarten nach den Seebädern für Hin- und Rückfahrt ausgesetzt, die sowohl auf dem Landwege als auch auf dem Seewege um 3/4 Prozent ermäßigt sind.

Im Deutschen Reichstag

wird die Einführung von Schulferien, die Abkündigung der Ratifizierung des Abkommens von Lausanne über den Abbruch des Krieges, die Erhöhung der Mieten, der Abbau der Sozialpolitik, die übermäßige neue Belastung des Verbrauchs bei gleichzeitiger Erhaltung des Preises, kurz die einheitliche Politik des Reichstages, der wirtschaftlichen Verimpfung, gerott eine bürgerliche Mehrheit finden. Diesen am 1. Mai geschlossenen Reichstag gilt es genau zu kennen. Das vom Verlags-Berlin herausgegebene Handbuch „Der deutsche Reichstag“ (in schwarz-rot-goldenem Einband) enthält eine Karte der Reichstagsgebäude, die abgeordneten Stimmen der SPD, KPD und USPD, nach Wahlkreisen, Stimmenzahl der Parteien, die dem Reichstag entsendet, Stimmenzahl der einzelnen Parteien überhaupt, Verrechnung der Abgeordneten auf die einzelnen Parteien, Namen der Abgeordneten, eine Wahlfreihandlung, Uebersicht über die SPD-Abgeordneten, die gegenwärtigen Verhältnisse der SPD-Abgeordneten, biographische Notizen und Biographie der SPD-Abgeordneten. Preis 1 Mark, zu beziehen durch die Volkswacht-Buchhandlung, Breslau 3, Neue Gumpenstraße 6. Jeder Parteigenosse sollte dieses Handbuch besitzen.

Der Verein der Freienden für Feuerbestattung

bittet uns, unsere Zeitung, die im Juni und Juli dem Verein beigesteuert hat, mitteilen, daß ihre Mitgliederkarten bei dem nächststehenden Kassierer abzuholen sind. Das Abholen kann im August beim Kassierer für diesen Monat geschehen. — Die Kassierer sind:

- 1. Gewerkschaftshaus, Zimmer 37,
2. Wunderlich, Blücherstraße 8,
3. Eigenbrod, Brückstraße 2,
4. Grogger, Gröbnerstraße 33,
5. Schreier, Mariannenstraße 3, und Ufenstraße 21,
6. Müllig, Promnitzstraße 4,
7. Helmich, Hubenstraße 26.

Von den Arbeiterkinderfreunden.

Wir wollen in unserer heutigen Zusammenkunft zu unserer Kameraden in Leipzig, zu unserer Beteiligung an den Distriktsfesten und zur Bezirksarbeit Stellung nehmen. Alle Helfer müssen deswegen erscheinen. Das alte „Kinderland“ ist abzuziehen und das neue wird ausgegeben.

Arbeiterjugend-Kassierer!

Die Kassierer der Heine 2, 3, 5, 6, 7, 10, 11, 14 kommen aus ihrer Sammelstunde nicht heraus. Bei diesen Donnerstag nicht abrechnen, dem Heim wird die Fahrpreisermäßigung entzogen. Die Mitglieds haben diesen Donnerstag ihren Abend um 1/2 8 Uhr unter Leitung der Genossen A. Buchhändler. Thema: „Unser Ernährung.“ Wenigstens die Obmanninnen müssen erscheinen.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Banner VII. Kameradschaftsführer antreten Donnerstag, den 24. Juli, abends 7 Uhr, Talsdorferstraße 1a, 2. Hof, bei Herrich, Nord. Donnerstag, den 24. Juli, 7.30 Uhr abends, an der Pappstraße: Hoppel, Koppel, Mühe, Mitgliedstarke, Aufsicht, „Sib“, (Gebirgischen Kleinburg, Jumental.) Donnerstag, den 24. Juli, 7.30 abends: Apell hinter der Postschule. Kameradschaftseinteilung. „Weg“, Donnerstag, den 24. Juli, 7.30 Uhr abends, am „Lechten Heller“, Antreten, Einteilung, wichtige Mitteilungen. — Seid überall pünktlich zur Stelle! — „Frei Heil!“

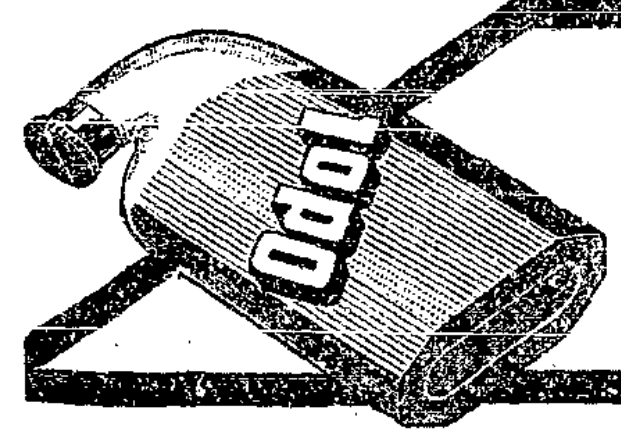
* Änderungen im Zugverkehr. Am 1. August treten im Personenzugfahrplan eine Reihe von Änderungen ein, die aus den Anhängen auf den Bahnhöfen zu ersehen sind.

* Rentenmarkt-Postanweisungen. Nach Zeitungsmeldungen haben die Postbehörden die Vorschrift, daß auf Zahlkarten und Postanweisungen nur mit Rentenmark eingezahlt werden darf, mit Gültigkeit vom Ende dieser Woche aufgehoben. Nunmehr dürfen bis zum Betrage von 40 Mark alle zugelassenen Zahlungen mittel angekommen werden.

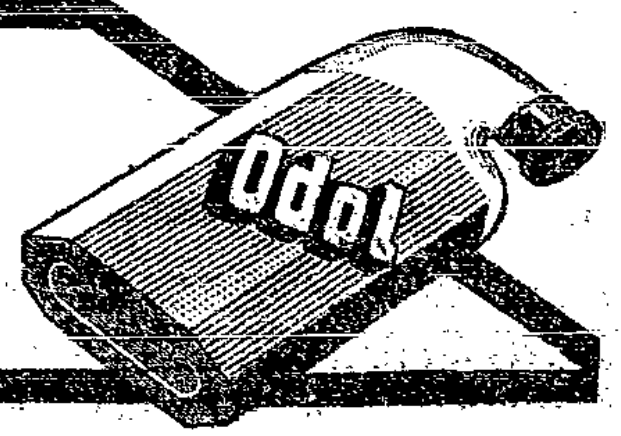
* Die „Schlesische Volksstimme“ wieder einmal verboten. Der Oberpräsident der Provinz Niederschlesien hat die „Schlesische Volksstimme“ wegen Verleumdung des Reichspräsidenten und des Reichskanzlers auf 8 Tage verboten.

* Beurlaubt ist Oberbürgermeister Dr. Wagner. Die Amtsgeschäfte vertritt während dieser Zeit der Stadtkämmerer Matthes.

* Bekanntmachung von Fundstücken. Wie der Preussische Pressedienst einer Verfügung des Preussischen Ministers des Innern entnimmt, wird unter Aufhebung einer älteren Vorschrift angeordnet, daß künftig Fundstücken durch die für die polizeilichen Bekanntmachungen bestimmten Blätter, auch wenn der Wert der gefundenen Sachen 3 Goldmark übersteigt, fünfzig nicht



Ein Kinderarzt schreibt: „Um alle Schädlichkeiten aus dem Munde fernzuhalten und möglichst gleichzeitig antiseptisch einwirken zu können, genügt das Bürsten mit reinem Wasser nicht, sondern es bedarf des Zusatzes eines Mundwassers, das vor allem ungiftig und doch keimtötend wirkt, dabei aber, was für Kinder von großer Bedeutung ist, auch gut schmeckt. Diesen Anforderungen genügt im vollsten Maße das Odol, das sowohl morgens wie ganz besonders abends dem Wasser zugesetzt werden soll.“



* Aus „Praktische Wäke zur Ernährung und Pflege der Kinder in gesunden und kranken Tagen“ von Dr. F. Theodor, Königsberg i. Pr.

Sozialistische Literatur-Rundschau

Sozialdemokratische Programmschriften.

Georg Meißner, Die Sozialdemokratie und Staat. 1923. 120 S. 1,20 M. (Kl.)
Die Sozialdemokratie, ein Programm. 1923. 120 S. 1,20 M. (Kl.)
Die Sozialdemokratie, ein Programm. 1923. 120 S. 1,20 M. (Kl.)

Die Sozialdemokratie ist eine Bewegung, die sich für die Befreiung der Arbeiterklasse von der Ausbeutung durch den Kapitalismus einsetzt. Sie ist eine Bewegung, die sich für die Erringung der Arbeitermacht einsetzt. Sie ist eine Bewegung, die sich für die Umgestaltung der Gesellschaft einsetzt. Sie ist eine Bewegung, die sich für die Erringung der Arbeitermacht einsetzt. Sie ist eine Bewegung, die sich für die Umgestaltung der Gesellschaft einsetzt.

Die Sozialdemokratie ist eine Bewegung, die sich für die Befreiung der Arbeiterklasse von der Ausbeutung durch den Kapitalismus einsetzt. Sie ist eine Bewegung, die sich für die Erringung der Arbeitermacht einsetzt. Sie ist eine Bewegung, die sich für die Umgestaltung der Gesellschaft einsetzt. Sie ist eine Bewegung, die sich für die Erringung der Arbeitermacht einsetzt. Sie ist eine Bewegung, die sich für die Umgestaltung der Gesellschaft einsetzt.

Die Sozialdemokratie ist eine Bewegung, die sich für die Befreiung der Arbeiterklasse von der Ausbeutung durch den Kapitalismus einsetzt. Sie ist eine Bewegung, die sich für die Erringung der Arbeitermacht einsetzt. Sie ist eine Bewegung, die sich für die Umgestaltung der Gesellschaft einsetzt. Sie ist eine Bewegung, die sich für die Erringung der Arbeitermacht einsetzt. Sie ist eine Bewegung, die sich für die Umgestaltung der Gesellschaft einsetzt.

und verlässt auf jede Sicherung deutscher Sozialität als Kern... (Text continues with a discussion of social and political issues, mentioning the role of the state and the needs of the working class.)

Kommunistischer Neuhumanismus.*)

Der Verfasser Dr. S. W. ... (Text discusses the concept of 'Kommunistischer Neuhumanismus' and its relationship to the proletarian struggle and the development of a new humanism.)

Georg Lukács Geschichte und Klassenbewußtsein. Studien über marxistische Dialektik. Wien, 1923. (Text is a review of Lukács' work, discussing the dialectical method and the role of the proletariat in history.)

... kann paradox als Selbstbewußtsein der Ware bezeichnet werden. (Text continues with a philosophical and economic analysis, discussing the nature of the commodity and its role in society.)

Man wird der Weiterführung des Marxismus bei Lukács... (Text discusses the author's approach to Marxism and its application to the current situation.)

Buchbesprechungen.

- Das Staatsschuldenproblem. (Dichtl-Momberts) ...
- Das Führen heißt zusammenfassen ...
- Wenn man aber schon eine solche Zusammenfassung ...
- Wagnertanus (Lansburgh). Die Kreditbank. I. (Briefe eines ...)

*) Georg Lukács Geschichte und Klassenbewußtsein. Studien über marxistische Dialektik. Wien, 1923.